

Lateinamerikas Wirtschaftswachstum 2000 enttäuschend: keine Wende in Sicht?

Minkner-Bünjer, Mechthild

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Minkner-Bünjer, M. (2001). *Lateinamerikas Wirtschaftswachstum 2000 enttäuschend: keine Wende in Sicht?* (Brennpunkt Lateinamerika, 2). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-443505>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 2

31. Januar 2001

ISSN 1437-6091

Lateinamerikas Wirtschaftswachstum 2000 enttäuschend: Keine Wende in Sicht?

Mechthild Minkner-Bünjer

In ihrer vorläufigen Bilanz über die wirtschaftliche Entwicklung Lateinamerikas im Jahre 2000 stellt die Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL) fest, dass sich die Erholung der lateinamerikanischen Wirtschaft mit durchschnittlich 4% Zunahme des Bruttoinlandsproduktes (BIP) seit Ende 1999 fortgesetzt habe. Herausragende Merkmale der Entwicklung waren: Der Anstieg der Konsumgüterpreise sei wiederum geringer als im Vorjahr gewesen und der Aufschwung basiere vor allem auf der Zunahme der Exporte. Enttäuschend seien die geringe Dynamik der Inlandsnachfrage und die negative Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt gewesen. Für 2001 und die folgenden Jahre prognostiziert die CEPAL mit zwischen 3,5% und 4,0% realer Zunahme des BIP ein im Durchschnitt geringeres Wachstum als in der ersten Hälfte der 90er Jahre. Das sind schlechte Aussichten für den dringend erforderlichen strukturellen Umbau der durch hohe „informelle“ Beschäftigung und kurze Aufschwünge geprägten Volkswirtschaften. Der jüngste Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) stellt den hohen Anteil an Unterbeschäftigung als Hauptproblem der Armutsbekämpfung heraus. Der „digitale Graben“ zwischen Industrie- und Entwicklungsländern und die sinkende Nachfrage nach gering qualifizierten Arbeitskräften erschweren nicht nur die Entstehung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten, sondern es bilden sich auch neue Randgruppen heraus. Die sozialen Spannungen nehmen zu. Diese können – zusammen mit wachsender Gewalt und Kriminalität (siehe Bpk LA 8-2000), zum Teil grober Verletzung der Menschenrechte in den (formal-) demokratischen Systemen und zunehmender Enttäuschung der breiten Masse über die geringe Leistungsfähigkeit der politischen Klasse und ihrer Institutionen – zu einem in Teilen Lateinamerikas bedrohlichen Szenarium führen.

MERCOSUR-Länder: Wachstum für Armutsabbau nicht ausreichend

Nach der Verschuldungskrise der 80er Jahre („verlorene Dekade“) mit durchschnittlich 1,2% Zunahme des BIP pro Jahr für Lateinamerika ist auch das Wachstum der 90er Jahre mit im

Durchschnitt 3,3% p.a. von 1991 bis 2000 enttäuschend verlaufen. Dies gilt auch, wenn das negative Ergebnis 1998/99 als Folge der Asienkrise nicht berücksichtigt wird. Der HDI-Rang der Mehrzahl der Länder dürfte zwischen 1997 und 2000 stagniert bzw. sich verschlechtert haben (siehe Tabelle 3). Das Wachstum pro Jahr der

beiden „großen Länder“ Argentinien und Brasilien (4,2%; 2,6%) war weit davon entfernt, etwa 6% p.a. zu erreichen, um dauerhafte Fortschritte in Beschäftigung und Einkommen sowie in der Modernisierung der Wirtschaft machen zu können (CEPAL 2000: 62). Der Mitte 2000 für Lateinamerika festgestellte „kräftige Anstieg“ des BIP pro Kopf für die neunziger Jahre (siehe Brennpunkt 11-2000) belief sich für Argentinien

auf 2,9% und für Brasilien auf 1,2% pro Kopf und Jahr. Dieses Ergebnis ist besonders unbefriedigend, da es Rückgänge des BIP pro Kopf von durchschnittlich jährlich 2,1% und 0,4% der 80er Jahre zu kompensieren galt. In beiden Ländern (zusammen mit sieben weiteren) war das durchschnittliche Einkommen pro Beschäftigtem in städtischen Gebieten 1997 zwischen 11% und 50% geringer als 1980.

Tabelle 1

Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf in Lateinamerika, 1981-2000 und 2001 (in %)

	BIP 1981- 1990	BIP 1991- 2000	BIP 1999	BIP 2000	BIP/Kopf 1981-1990	BIP/Kopf 1991-2000	BIP/Kopf 1999	BIP/Kopf 2000	BIP 2001 Prognose
Argentinien	-0,7	4,2	-3,4	0,0	-2,1	2,9	-4,6	-1,2	1,5
Brasilien	1,6	4,0	1,6	2,6	-0,4	1,2	-0,4	2,6	4,3
Uruguay	0,0	3,0	-3,2	-1,0	-0,6	2,3	-3,9	-1,7	2,0
Paraguay	3,0	2,2	0,5	1,5	0,0	-0,5	-2,1	-1,0	1,0
Kolumbien	3,7	2,6	-4,3	3,0	1,6	0,6	-1,4	-0,6	3,5
Peru	-1,2	4,2	1,4	4,0	-3,3	2,4	-0,3	2,3	2,5
Venezuela	-0,7	2,0	-6,1	3,5	-3,2	-0,1	-7,9	-0,1	4,5
Chile	3,0	6,6	-1,1	5,5	1,4	5,0	-2,4	4,3	5,5
Bolivien	0,2	3,8	0,6	2,0	-1,9	1,4	-1,7	-0,1	3,0
Ekuador	1,7	1,7	-7,3	2,0	-0,9	-0,4	-9,0	0,1	3,0
Costa Rica	2,2	5,0	8,0	1,5	-0,7	2,1	5,4	-0,9	3,5
El Salvador	-0,4	4,6	3,4	2,5	-1,5	2,5	1,3	0,5	3,0
Guatemala	0,9	4,1	3,6	3,5	-1,6	1,4	0,9	0,8	4,0
Honduras	2,4	3,1	-1,9	4,0	-0,8	0,2	-4,5	1,1	4,0
Nikaragua	-1,5	3,3	7,0	5,5	-4,1	0,5	4,2	2,5	4,5
Panama	1,4	4,4	3,0	2,5	-0,7	2,6	1,3	0,9	3,5
Mexiko	1,9	3,5	3,7	7,0	-0,2	1,7	2,0	5,5	4,2
Lateinamerika*	1,2	3,3	0,3	4,0	-0,9	1,5	-1,3	2,4	3,8

* Schließt Haiti und Dominikanische Republik ein.

Quelle: CEPAL: Balance preliminar de las economías de América Latina y el Caribe 2000.

Das Wachstum der lateinamerikanischen „Schwellenländer“ war zu gering und zu fluktuierend, gemessen an den natürlichen Ressourcen, den (gemäß Bevölkerung) großen Inlandsmärkten, der Attraktivität für ausländisches Kapital, den durch die regionale Freihandelszone verbesserten Exportchancen und den im Vergleich zu den mittleren und kleinen Ländern relativ gut ausgebildeten administrativen und politischen Institutionen. Das Wachstum reichte bei weitem nicht aus, um substantielle und dauerhafte Fortschritte in der Versorgung der breiten Masse mit sozialen

Grunddiensten und beim Abbau der Armut zu machen.

Der Anteil der armen Bevölkerung Brasiliens wird von der CEPAL für 1996, d.h. vor der Krise, mit 31% der städtischen und 56% der ländlichen Bevölkerung angegeben. Argentinien hatte 1997 18% arme Bevölkerung in städtischen Gebieten; Angaben für die ländlichen Gebiete macht die CEPAL nicht. In beiden Ländern ging der Anteil der armen Haushalte zwischen 1990 und 1996 bzw. 1997 zurück. Im Falle Brasiliens ist diese Entwicklung vor allem auf die Eindämmung der Hyperinflation zurückzuführen. Mit der Ab-

nahme des BIP pro Kopf in den Krisenjahren 1999/2000 dürfte der Anteil wieder gestiegen sein. Auch wenn beide Länder zwischenzeitlich Fortschritte erzielten, unterbricht jede Wachstumskrise diesen Prozess; die Ungleichheiten werden weiter zementiert. Negatives bzw. geringes durchschnittliches Wachstum seit Ende der 70er Jahre ist gleichbedeutend mit Stagnation in der Armutsbekämpfung gewesen.

Entsprechend dem „Prinzip Hoffnung“ und kurzfristig orientierter Wirtschaftsinteressen sind zeitweilig höhere Zuwächse des BIP aufgrund des Wachstumspotentials der großen Länder überbewertet worden; handelte es sich doch vielfach nur um ein Aufholen vergangener Rückschläge. Brasilien stand z.B. seit den 50er Jahren in Sachen Wirtschaftswachstum an der Spitze Lateinamerikas, musste aber mit einem durchschnittlichen BIP-Zuwachs von 1,6% p.a. in den 80er Jahren und mit 2,6% p.a. im vergangenen Jahrzehnt schwere Rückschläge hinnehmen. Trotz eines potentiellen Inlandsmarktes von 164 Mio. Menschen (davon 60 Mio. mit unzureichend befriedigten Grundbedürfnissen) und eines beachtlichen Industrialisierungsgrades hängt das Land in seinem Wachstum weiterhin von der Außenwirtschaft ab. Ein gleichmäßiges und hohes Wachstum konnte vor allem aufgrund der Anfälligkeit gegenüber den externen Nachfrage- und Preisschwankungen für seine Exporte, der negativen Leistungsbilanz und der Volatilität der Kapitalflüsse bisher nicht erreicht werden.

Krisen der internationalen Finanz- und Kapitalmärkte, Preisstürze bei Rohstoffen (z.B. Kaffee) und Nachfrageeinbrüche in den Abnehmerländern, dazu (begründete oder spekulative) Vertrauenskrisen in die Politik und Wirtschaft dieser großen Länder (Argentinien, Brasilien) ziehen sie in kurzer Zeit in den Krisenstrudel. Probleme in der Liquidität, der Deckung der laufenden Ausgaben und der Investitionen haben nicht nur schwerwiegende Folgen im Fall des staatlichen Sektors (Haushaltsdefizit), sondern sie wirken sich ebenso verheerend in der Privatwirtschaft aus. Die „Krisenkosten“ sind in beiden Fällen hoch.

Die Bewältigung der zyklisch auftretenden Krisen mittels Inflationseindämmung, Rückführung des Haushaltsdefizits, Wiederankurbelung des erforderlichen Kapitalzuflusses, Stabilisierung der Währungsreserven, Entzerrung des Wechselkurses, Vertrauensbildung bei Unternehmern und

Investoren ist in der Regel langsam. Dies gilt selbst für Brasilien, was bisher keine Krise als Chance nutzen konnte, um einen dauerhaften Wachstumspfad zu etablieren. Das Gleiche gilt für Argentinien (rd. 37 Mio. Einwohner), dessen BIP, wenn auch mit relativ großen Schwankungen, im Zeitraum von 1991 bis 2000 um 4,2% zugenommen hat.

Die globalen Ursachen der Wachstumsprobleme von Brasilien und Argentinien sind ähnlich gelagert. Viele Besonderheiten im Entwicklungsstand spiegeln sich tendenziell im unterschiedlichen Rang im Index der menschlichen Entwicklung (1998) wider: Brasilien auf Rang 74 und Argentinien auf Rang 35. Die erzielten Wachstumsraten sind, verglichen mit denen der mittleren und kleinen Länder, nicht nur aufgrund der Größe Brasiliens und Argentinien und ihres immensen wirtschaftlichen Potentials niedrig, sondern auch weil sie in der letzten Dekade mit relativ weniger politischen Konflikten und Naturkatastrophen zu kämpfen hatten. Auch ihre soziale Ausgangsposition (gemessen z.B. am Anteil der Armen) ist besser.

Mit Vorsicht ist somit der als verheißungsvoll bezeichnete Aufschwung Brasiliens mit 4% Wachstum im Jahre 2000 zu beurteilen. Argentinien ist es nicht gelungen, sich aus der seit Mitte der 90er Jahre anhaltenden Rezession herauszulavieren. Das BIP stagnierte und ging pro Kopf nach 4,6% 1999 im Jahre 2000 nochmals um 1,2% zurück. Die sozialen Auswirkungen sind vor allem im unteren und mittleren Einkommensbereich der Städte durch die Vernichtung von formellen Beschäftigungsverhältnissen fühlbar gewesen. Zwischen 1990 und 1996 stieg die Zahl der Beschäftigten ohne Arbeitsvertrag von 22% auf 33%. Die sogenannte offene Arbeitslosigkeit hat sich zwischen 1990 und 1995 von 7,5% auf 17,5% erhöht, konnte bis 1998 auf 13% gesenkt werden und stieg 1999 wieder auf 14,3% an. Entsprechend der negativen Arbeitsmarkt- und BIP-Entwicklung dürfte sich in der Armutsbilanz Ende 2000 kaum ein anderes Bild als zu Beginn der Dekade (1990: 21% in städtischen Zentren) ergeben.

Die sehr kleinen Wirtschaften Uruguays (3,3 Mio. Einwohner) und Paraguays (5,4 Mio. Einwohner), Mitglieder des MERCOSUR, zeigen die bekannten strukturellen Wachstumsprobleme. Sie werden vor allem im Fall Paraguays durch die einseitige Abhängigkeit von der klimatisch und

den Weltmarktpreisen besonders ausgesetzten Landwirtschaft und ihren Exportprodukten geprägt. Diese Abhängigkeit hat bei Paraguay zwischen 1965 und 1997 zugenommen. Beide Länder sind auf Importe von Erdölprodukten, Kapitalgütern, Halbwaren und komplexen Konsumgütern angewiesen.

Uruguay hielt sich mit einem stagnierenden BIP in den 80er Jahren sowie mit einem durchschnittlichen Wachstum pro Jahr von 3% in den 90er Jahren relativ gut. Allerdings musste es sowohl 1999 wie 2000 einen Rückgang des BIP (-3,2% bzw. -1,0%) mit zunehmender offener Arbeitslosigkeit, mehr Unterbeschäftigung und sinkenden Realeinkommen hinnehmen. Steigende Erdölpreise und geringere Preise für die land- und viehwirtschaftlichen Exporte sowie Klima-anomalien waren – zusammen mit einer rückläufigen Nachfrage aus Argentinien und Brasilien – dafür verantwortlich. Die Konkurrenzfähigkeit und der Absatz auf dem europäischen Markt litten unter der Aufwertung des Dollar gegenüber dem Euro, dem die uruguayische Währung hinterher hinkte. Die sinkenden Ausfuhren wirkten sich rezessiv auf das Wachstum insgesamt und die Binnen-nachfrage bei Industrie und Bauwirtschaft sowie auf den privaten Konsum aus. In Uruguay, dessen Alterspyramide einen ähnlichen Aufbau wie die der Industrieländer hat, lebten nach Angaben der CEPAL 1997 nur 10% der städtischen Bevölkerung in Armut (1990: 18%). 1999 lag es im Index der menschlichen Entwicklung kurz hinter Argentinien auf Rang 39. Zusammen mit der niedrigsten Einkommenskonzentration in Lateinamerika in den 90er Jahren und einem am Maximum liegenden Grad der demokratischen und bürgerlichen Freiheiten sind das gute Grundlagen für ein kontinuierliches Wachstum. Mit Nischenprodukten in der Informations- und Technologie-wirtschaft, als Zulieferer für die großen Partner im MERCOSUR und mit der Verarbeitung spezieller Produkte aus der Landwirtschaft könnte der Export erhöht und stabilisiert werden.

Paraguay kämpft seit Jahren mit Krisen in Wirtschaft und Politik. Es hatte in den 90er Jahren die stärksten Bedrohungen seines demokratischen Systems durch das Militär zu überstehen. In der ländlich geprägten Gesellschaft lebt etwa die Hälfte der Bevölkerung in Armut. Viehwirtschaft, Soja und Baumwolle, Elektrizitätsexport und „informeller „Handel“ bzw. Schmuggel mit Argentinien und Brasilien (rund Dreiviertel des

Außenhandels) sind die Eckpfeiler seiner Wirtschaft. Paraguay konnte mit 2,2% BIP-Wachstum 1991-2000 nicht an das positive Ergebnis der 80er Jahre anknüpfen. Das BIP pro Kopf stagnierte bzw. ging mit knapp 1% pro Jahr zurück. Zwischen 1998 und 2000 belief sich der Verlust beim BIP pro Kopf auf 6%. Die durchschnittlichen Reallöhne stagnierten in der Hauptstadt Asunción, Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung waren seit Mitte der 90er Jahre wieder steigend. Paraguay liegt auf Rang 81 des Index der menschlichen Entwicklung. Das deutet, abgesehen von der geringen Größe, der hohen Einkommenskonzentration (2. Platz nach Brasilien) und der Abhängigkeit von der Landwirtschaft, auf große Schwierigkeiten in der Modernisierung sowie bezüglich einer gangbaren Wachstums- und Entwicklungsstrategie hin. Ein wesentliches Hindernis ist auch der beispielsweise im Vergleich zu Uruguay niedrigere Erziehungs- und Ausbildungsstand der Bevölkerung. Zusätzliche Wachstumschancen könnten für Paraguay in einer „intelligenten Anlagerung“ seiner Entwicklung an die Wirtschaften Brasiliens und Argentinien liegen, wie schon die Energieabkommen gezeigt haben.

Andenregion: wirtschaftlich und politisch gefährdet

In den Ländern mittlerer Größe (Kolumbien: 41,7 Mio., Peru: 24,9 Mio., Venezuela: 23,7 Mio. und Chile: 15 Mio. Einwohner) war das Wachstum in der Dekade 1991 bis 2000 mit durchschnittlich 2,9% p.a. ebenfalls niedrig und nicht konstant. Die Wachstums*performance* Perus war besonders unstetig und nur vordergründig besser als das Venezuelas und Kolumbiens. Alle drei Länder schrieben 2000 beim BIP schwarze Zahlen, die aber im Falle Kolumbiens und Venezuelas keineswegs die Verluste des Vorjahres ausgleichen konnten.

Eine Ausnahme bildet **Chile**, das sich seit langem zum MERCOSUR zugehörig fühlt und im Juli 2000 den Antrag auf Beitritt stellte. Es ist wirtschaftlich vor allem eng mit Argentinien verbunden, nimmt aber zunehmend Investitions- und Handelsmöglichkeiten bei den andinen Nachbarn, speziell in Peru, wahr. Chile hat einen hohen Anteil an Außenhandel mit Asien und liebügelt seit Mitte 2000 mit einem bilateralen Freihandelsabkommen mit den USA. Mit durchschnittlich 8,3% p.a. gelang dem Land von 1991-97 über eine ag-

gressive Außenhandelspolitik ein Rekordwachstum. Die Auswirkungen der Asienkrise (1998 und 1999: durchschnittlich nur 1,4% BIP-Steigerung p.a.) belehrten Regierung, Bevölkerung und euphorische Bewunderer des *milagro chileno*, dass die bis dahin so erfolgreiche außenwirtschaftliche Öffnung und Diversifizierung (nach Produkten und Ländern) nicht ausreichend vor externer Volatilität schützt. Das gilt trotz eines bemerkenswerten Rückganges der Armut von 39% auf 22% der Bevölkerung zwischen 1990 und 1998. Dieser Rückgang wird nur dauerhaft sein und die Armut weiter abnehmen, wenn die Wirtschaft durch eine moderate Einkommensumverteilung, die Entwicklung der Binnenstruktur in Angebot und Nachfrage, ein Exportangebot von allmählich technologisch anspruchsvolleren Produkten und Dienstleistungen sowie eine auf diesen Säulen basierende Arbeitsplatzschaffung stabilisierende bzw. neue Impulse erhält. In Chile stieg beispielsweise die offene Arbeitslosigkeit zwischen November 1996 und November 1998 von 5,7% auf 9,9%, und zwar vor allem bei den Haushalten der niedrigsten Einkommensdeziele. Sie erhöhte sich bei ihnen von 19,7% auf 36,8%, in den Haushalten mit höherem Einkommen dagegen nur von 0,9% auf 2,2%.

Der dauerhafte Transfer von Wachstumserfolgen auf die niedrigsten Einkommensgruppen und die „Abfederung“ von gering qualifizierten Arbeitskräften und besonders „verwundbaren“ Gruppen vor sofortiger Arbeitslosigkeit und den Rückfall in die Armut bei (externen) Rezessionen stellt für die starren (Einkommens- und Verteilungs-)strukturen Chiles (Platz 4 in Lateinamerika, gemessen am Gini-Koeffizient) die größte Herausforderung dar. Diese könnte durch eine distributive Steuergestaltung, durch die Förderung der kleinen und mittleren Landwirtschaft, durch mehr Ausbildung in lokal und regional (potentiell) nutzbaren Berufen, durch eine Verbesserung der wirtschaftlichen Infrastruktur für die lokale Ansiedlung von Kleinst-, Klein- und Mittelbetrieben sowie der sozialen Grunddienste bewältigt werden.

Die Wirtschaften der beiden kleinen Andenländer Bolivien (8,1 Mio. Einwohner) und Ecuador (12,3 Mio. Einwohner) wuchsen 1991-2000 mit 3,8% bzw. 1,7% p.a. recht unterschiedlich. **Bolivien**s BIP-Wachstum war bis Ende 1998 mit durchschnittlich 4,4% p.a. vergleichsweise gut, jedoch mit rd. 1,7% Pro-Kopf-Zuwachs p.a. nicht

ausreichend, um die Armut substantiell zu verringern. Arm waren 1997 laut Angaben der CEPAL (Vergleichszahlen liegen nicht vor) 62% der städtischen und 79% der ländlichen Bevölkerung. In extremer Armut lebten 33% bzw. 62% der Bevölkerung. Bolivien lag 1998 im Index der menschlichen Entwicklung auf Rang 114. Trotzdem haben die bolivianischen Regierungen seit 1985 in einem bemerkenswerten Lernprozess die politischen Institutionen stabilisiert und konsensfähig gemacht. Auf dieser Grundlage ist es ihnen gelungen, die aus den Fugen geratene Wirtschaft unter Kontrolle zu bekommen. Ab 1993 hat Bolivien unter der Regierung Sánchez de Lozada grundlegende wirtschaftspolitische und soziale Reformen zur Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft in kurzer Zeit und zum Teil gegen den Widerstand der organisierten Zivilgesellschaft und des eigenen politischen Lagers durchgepaukt. Die Reformen konnten nicht vollendet und nur in kleinen Teilen konsolidiert werden. Zudem „hinken“ die wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen des Wachstums (z.B. Modernisierung der gering entwickelten Industrie, der mittleren und kleinen Betriebe von Landwirtschaft und Bergbau, die Diversifizierung des Exports und die Integration und Erweiterung des Binnenmarktes durch den Abbau der Armut) hinter dem großen Reformentwurf hinterher. Moderate durchschnittliche Wachstumsraten um 4% für 1991-2000 waren die Folge. 1999 und 2000 wurde das Land noch von den Auswirkungen der Asienkrise ereilt; zudem „dümpelt“ die Regierung von Ex-Diktator Banzer ohne eine konsistente Entwicklungsstrategie dahin (siehe Brennpunkt Lateinamerika 15-2000). Ob die Schuldenerleichterung der Initiative für hochverschuldete arme Länder (HIPC) Bolivien auf einen eigenständigen Kurs mit höheren Wachstumsraten bringen wird, kann hier nicht beleuchtet werden (Brennpunkt Lateinamerika 24-2000). Auf alle Fälle ist ein geringerer Abfluss an finanziellen Ressourcen p.a. für ein Land mit sehr niedriger interner Spar- und Investitionsrate und Schwierigkeiten beim Zugang zu externer Finanzierung wichtig, um sein Wachstum verstetigen und die sozialen Investitionen erhöhen zu können.

Ecuador steht in der menschlichen Entwicklung mit Rank 91 (1998) vor Bolivien. Es hat bezüglich der Ressourcenausstattung, der geographischen und der demographisch-ethnischen Zusammensetzung ähnliche Grundlagen. Es gehört zu den Ländern mit „geringer Transition“ (An-

passung bzw. strukturelle Umgestaltung), und es ist dem Land nicht gelungen, Erdöleinnahmen in eine diversifizierte Wirtschaftsstruktur umzusetzen. Das Wachstum ist mit 1,7% p.a. in der Dekade 1991-2000 im Vergleich zu Bolivien wesentlich geringer gewesen. Dies gilt auch, wenn das wirtschaftliche Desaster 1999 mit 7,3% Rückgang des BIP und 61% Inflation nicht berücksichtigt wird (1991-98: knapp 3% p.a.). Ekuadors Entwicklungsrückstand hat sich in den letzten zehn Jahren angesichts der Herausforderungen der Globalisierung weiter vertieft. Er ist letztlich eine Folge des vollkommen gestörten und anarchischen Verhältnisses zwischen Zivilgesellschaft, Regierung und politischen Institutionen (siehe Brennpunkt Lateinamerika 24-1999). Grundlegende Reformen und eine auf dauerhafte Konsolidierung der Wirtschaft gerichtete Makropolitik werden dadurch verhindert, Stützungskredite durch den IWF versagt und die ohnehin schwachen Wirtschaftsstrukturen und -institutionen durch Korruption, Streiks und Rückzug von Direktinvestitionen ausgehöhlt. Rückläufige bzw. volatile Preise für Erdöl und Bananen tun ein Übriges. Die Armutsbilanz stellt sich ähnlich wie in Bolivien dar: 62% der städtischen Bevölkerung waren 1990 arm und 56% 1997; extrem arm waren in den beiden Vergleichsjahren 26% bzw. 22% der Bevölkerung. Bis 2000 dürfte sich die Situation verschlechtert haben; denn das BIP pro Kopf hat in den 80er Jahren um im Durchschnitt 0,9% p.a. und in den 90er Jahren um 0,4% p.a. abgenommen. Davon entfielen allein 9% auf 1999. Die hohe Inflation und die Dollarisierung der Wirtschaft haben die Verarmung beschleunigt.

In Peru (HDI-Rang 1998: 80) und Kolumbien haben über Jahrzehnte akkumulierte soziale und politische Probleme, gepaart mit Gewalt, Terror und Drogenhandel, die Gesellschaften zersetzt und die Volkswirtschaften ausgepumpt. Viele Struktur- und Modernisierungsreformen wurden „verschoben“, Teile der Bevölkerung (ständig auf der Flucht oder bedroht) und des Territoriums sind bzw. waren vom „normalen“ Wirtschaften ausgeschlossen. Das Auslandskapital wurde abgeschreckt. Die von der Präsidentschaft Fujimoris erhoffte Erholung Perus ist nur zum Teil eingetreten. Die zunehmenden internen Konflikte, schwere Menschenrechtsverletzungen und das Wahldebakel 2000 machten ihn für die Interessen der

USA im Andenraum „untragbar“ (siehe Brennpunkt Lateinamerika Extra VI-2000).

Kolumbien (HDI-Rang 1998: 68) wird zunehmend aufgrund der anhaltenden Wirtschaftskrise (BIP-Wachstum mit 2,6% pro Jahr im Zeitraum 1991-2000 um mehr als einen Prozentpunkt geringer als in den 80er Jahren), des über die Grenzen eskalierenden Terrors und der frustrierten Friedensbemühungen zu einem regionalen sicherheitspolitischen Problem. Die offene Arbeitslosigkeit in den sieben wichtigsten Städten des Landes ist seit Mitte der 90er Jahre steigend (2000: 20%). Der Zufluss an Direktinvestitionen war nach drei guten Jahren 2000 wieder rückläufig. Ausfuhrsteigerungen, vor allem in die USA und nach Venezuela, waren der Motor für eine leichte (kurzfristige?) Erholung. Sie bewirkte, zusammen mit einem Rückgang der Inflation und zunehmender Produktivität, dass die durchschnittlichen Realeinkommen gestiegen sind. Kolumbien, das noch in den 80er Jahren mit 3,7% Wachstum p.a. an der Spitze und weit über dem Durchschnitt Lateinamerikas gelegen hatte, weist trotz einer günstigen demographischen und geographischen Struktur, trotz sehr diversifiziert nutzbarer landwirtschaftlicher Ressourcen, trotz Erdöls und dezentralisierter gewerblicher Struktur und einer Tradition im Export von Textilien etc. einen hohen Anteil armer Bevölkerung auf: 45% in städtischen und 60% in ländlichen Gebieten. Die Konzentration von Einkommen und Bodeneigentum spielt (wie in Chile, Mexiko und Paraguay) – zusätzlich zu der seit Jahrzehnten anhaltenden Gewalt – eine wichtige Rolle (zur politischen Entwicklung in Kolumbien siehe Brennpunkt Lateinamerika 15-1999 und 22-2000).

Mexiko und Zentralamerikas Miniwirtschaften im Aufwind der US-Konjunktur

Zentralamerikas Miniwirtschaften mit einem BIP pro Kopf unter 2000 US\$ (wie auch Bolivien, Ekuador und Paraguay) wiesen in den 90er Jahren vergleichsweise gute Zuwachsraten des BIP auf: zwischen 3,1% p.a. (Honduras) und 5% (Costa Rica). Ihr Wachstum basiert auf dem Export von landwirtschaftlichen Produkten, ergänzt durch Lohnveredelung (vor allem Textilien), Tourismus sowie den Überweisungen der in den USA lebenden Bevölkerung Zentralamerikas. Letztere sind ähnlich hoch wie das Handelsbilanzdefizit. Costa Rica hat darüber hinaus in der Lohnveredelung der Computerindustrie der USA Fuß gefasst.

1998/99 hat INTEL hohe Investitionen für die Montage von Mikroprozessoren getätigt (siehe Brennpunkt Lateinamerika 19-1999). Auch in den anderen Ländern sind die Direktinvestitionen im Vergleich zu den 90er Jahre gestiegen.

Ihre relativ einseitige Exportausrichtung auf die USA ließ die Länder bis 2000 nicht nur von der guten US-Konjunktur mit 4% bis 5% Wachstum profitieren, sondern sie blieben auch (weitgehend unattraktiv für volatiles Kapital) von der Asienkrise verschont. Zudem war, abgesehen von Nicaragua, ihre Auslandsverschuldung geringer als die des lateinamerikanischen Durchschnitts. Der gegen Ende 2000 abflauende Boom in den USA und die Schwierigkeiten in der Computerbranche haben bisher vor allem das Wachstum Costa Ricas getroffen. Alle Länder Zentralamerikas kämpfen mit negativen Handelsbilanzsalden. Die relativ stabilen Transferzahlungen aus den USA gleichen die Defizite der Handels- und Leistungsbilanz zum großen Teil aus. Konzessionäre Kredite, die privaten Überweisungen aus den USA, Schenkungen und Schuldenerlass sind die Eckpfeiler für das Management von Zahlungsbilanz und Währungsreserven. Costa Rica finanziert sich zunehmend über den privaten Kapitalmarkt. Sämtliche Länder versuchen seit Beginn der 90er Jahre, bilateral oder multilateral durch den Abschluss von Handelsabkommen (z.B. mit Mexiko, Venezuela und Chile) und die Ansiedlung von Veredelungsindustrien ihren Export auszuweiten und zu stabilisieren. Die Wachstumsmöglichkeiten sind aufgrund der kleinen und wenig kaufkräftigen Bevölkerungszahl sowie der niedrigen internen Spar- und Investitionsquote begrenzt. Trotzdem ist der Aufbau des Gemeinsamen Marktes (z.B. aufgrund der Bürgerkriege in Guatemala, El Salvador und Nicaragua speziell in den 80er Jahren) nur schleppend vorangekommen. Jährliche Naturkatastrophen – wie zuletzt Hurrikan Mitch Ende Oktober 1999 (Brennpunkt Lateinamerika 2-1999 und 4-1999) oder das Erdbeben vom Januar 2001 in El Salvador – werfen die Länder in ihren mühsam erkämpften Fortschritten immer wieder zurück. Costa Rica (23%) und Panama (33%) haben alle Länder sehr hohe Anteile an armer Bevölkerung: z.B. (1997) El Salvador 56% und Honduras 79%. Die Situation in Nicaragua und Guatemala, für die keine neueren Schätzungen vorliegen, dürfte ähnlich sein. Zudem sind Nicaragua und Honduras, gemessen an ihrer Wirt-

schaftskraft, im Ausland hoch verschuldet. Beide Länder sind für das internationale Programm der Schuldenerleichterung qualifiziert; Honduras wurden Mitte 2000 US\$ 556 Mio. Schuldenerleichterung (14% des verbleibenden Saldos) zugesagt.

Mexiko, mit rd. 97 Mio. Einwohnern das zweitgrößte Land Lateinamerikas, erreichte 2000 einen mit hohen Erwartungen bedachten 7%igen Zuwachs des BIP. Im Durchschnitt war das Wachstum sowohl in den 80er Jahren mit 1,9% p.a. als auch in der 90er Jahren mit 3,5% p.a. gemessen am wirtschaftlichen Potential sowie der Armuts- und Beschäftigungsproblematik ebenfalls zu gering und fluktuierend. Das Wachstum beruhte auf steigenden Ausfuhren durch die gute US-Konjunktur, auf den hohen Erdölpreisen kombiniert mit steigenden Importen aufgrund zunehmender Binnennachfrage und steigender Direktinvestitionen. Je nach Stärke der Rezession in den USA könnten beide Entwicklungen gebremst werden. Mexiko (HDI-Rang 1998: 55) kann mit 39% bzw. 59% Anteil armer Bevölkerung in städtischen bzw. ländlichen Gebieten (1998) gegenüber 1989 keine dauerhafte Verbesserung in der Armutsbekämpfung vorweisen. Ob es das Aufbrechen seines verkrusteten politischen Systems mit der Abwahl des PRI und seine privilegierte Stellung u.a. als Mitglied der Nordamerikanischen Freihandelszone (NAFTA) für die Etablierung eines aus Binnen- und Außenwirtschaft gespeisten dauerhaften Wachstums im neuen Jahrtausend nutzen können, bleibt abzuwarten.

Interne Stabilisierung Lateinamerikas weiter abgesichert

In der Stabilisierung und der makropolitischen Steuerung ihrer Wirtschaften, speziell in der Geld-, Wechselkurs- und Fiskalpolitik, haben alle Länder Lateinamerikas unbestreitbar große Fortschritte in den 90er Jahren gemacht. Die Antiinflationpolitik, welche die Mehrzahl der Länder auf einstellige Preissteigerungsraten gebracht hat, war kontinuierlich; die hohen Preise für Erdölprodukte führten im Falle Chiles, El Salvadors, Paraguays und Uruguays zu einer leichten Erhöhung des Preisniveaus. Sieben lateinamerikanische Länder hatten 2000 einen Anstieg der Konsumgüterpreise < 5%, sechs Länder zwischen 5% und 10%, fünf Länder > 10% < 20%. Eine Ausnahme war Ekuador. Die Inflation betrug aufgrund der schweren Finanz- und Wirtschaftskrise

nahezu 100%; die Dollarisierung hatte bisher nur einen geringen Bremseffekt. Von der erfolgreichen Preisstabilisierung hat vor allem die arme Bevölkerung profitiert. Die restriktive Geldpolitik bewirkte aber auch, dass die Ankurbelung des Binnenmarktes und der produktiven Sektoren zu Gunsten eines stabilitätsorientierten moderaten Wachstums geopfert wurde. Die Wechselkursanpassungen waren 2000 gering und von weniger Nervosität geprägt. Sie hatten keinen größeren Einfluss auf das Preisniveau. Nachdem seit 1999 weitere Länder ihre Währung floaten lassen, verankerten Ekuador und El Salvador formal die Dollarisierung der Wirtschaft. Eine substantielle Aufwertung von real rund 7% machten die Währungen Brasiliens und Mexikos durch.

Das Haushaltsdefizit verringerte sich in Lateinamerika (nach einer Zunahme 1999 auf 3,1% des BIP) im Jahre 2000 auf durchschnittlich 2,4% des BIP. Der Grund waren steigende Einnahmen durch direkte und indirekte Steuern (eine Folge des verbesserten Wirtschaftsklimas, steigender Rohstoffpreise und von mehr Wachstum) und sinkende Ausgaben zum Teil als Folge der vom IWF geforderten Sparpolitik. Einige Länder verzeichneten eine leichte Erhöhung des Defizits. Reaktivierungsmaßnahmen der Wirtschaft und Einkommensverbesserungen für die Staatsbediensteten, vor allem im Gesundheits- und Erziehungswesen, ließen die Ausgaben z.B. in Bolivien und Argentinien ansteigen.

Tabelle 2

Indikatoren zur Wirtschaftsentwicklung Lateinamerikas 1999 und 2000

	Inflation		Arbeitslosigkeit		Fiskaldefizit		Leistungsbilanz		Direktinvestition		Nettotransfer	
	Dez/Dez	%	1999	2000	(% des BIP)		Saldo		Netto		Kapital+++	
	1999	2000	1999	2000	1999	2000	1999	2000	1999	2000	1999	2000
Argentinien	-1,8	-0,7	8,7	8,6	-1,7	-2,0	-12155	-10400	21958	5000	5508	100
Brasilien	8,4	5,5	7,6	7,5	-9,5	-4,6	-24996	-24500	28612	30000	-2156	1800
Uruguay	4,2	5,8	11,3	13,4	-3,5	-4,0	-603	-580	225	180	425	420
Paraguay	5,4	9,6	9,4	k.A.	-3,2	-2,2	-65	-270	66	95	201	-15
Kolumbien	9,2	8,8	19,4	20,4	-6,0	-3,6	-179	-320	1135	985	-1562	-1320
Peru	3,7	4,0	9,1	10,3	-3,0	-2,7	-1817	-1580	1969	1185	-503	15
Venezuela	20,0	14,2	14,9	14,6	-1,2	3,4	5368	13895	1998	3480	-6161	-8735
Chile	2,3	4,7	9,8	9,4	-1,5	-0,1	-78	-865	4366	-1130	-2551	-1970
Bolivien	3,1	3,8	6,1	k.A.	-3,9	-4,0	-557	-600	1015	730	388	175
Ekuador	60,7	99,6	15,1	14,7	-4,6	-1,0	956	750	636	735	-3026	-2520
Costa Rica	10,1	10,4	6,2	5,3	-2,3	-2,6	-692	-775	615	420	-599	-455
El Salvador	-1,0	3,4	6,9	6,7	-2,2	-2,5	-204	-205	214	70	162	-100
Guatemala	4,9	4,2	k.A.	k.A.	-2,8	-2,5	-1015	-1025	155	245	709	1525
Honduras	10,9	10,6	5,3	k.A.	-2,9	-4,0	-176	-430	230	170	492	260
Nikaragua	7,2	9,2	10,7	9,0	-4,5	-5,5	-1086	-990	300	335	1044	895
Panama	1,5	1,4	14,2	15,2	-2,3	-2,4	-1376	-1240	617	400	820	565
Mexiko	12,3	8,9	2,5	2,3	-1,1	-1,0	-14013	-18960	11568	13500	1257	6475

+ Offene Arbeitslosigkeit (formaler Sektor) Panama u. Lima: Región Metropolitana; Bolivien, Brasilien, Kolumbien: Departementsstädte; Chile, Guatemala, Nicaragua, Venezuela: gesamtes Land; Rest: städtische Gebiete.

++ Argentinien, Bolivien, Brasilien, Ekuador, Mexiko, Paraguay, Uruguay, Venezuela: staatlicher Sektor (ohne Finanzen); Rest: Zentralregierung.

+++ Nettoszfluss an Kapital minus Gewinne und Zinsen (Netto).

Quelle: CEPAL: Balance preliminar de las economías de América Latina y el Caribe 2000.

„Wachstum ohne mehr Beschäftigung“: Dekade der Enttäuschung

Die Hoffnung auf eine positive Arbeitsmarkt-
bilanz Lateinamerikas wurde in der gesamten „De-

kade der Hoffnung“ durch das volatile und zu geringe Wachstum zunichte gemacht, besonders spürbar in der Krise 1998/99. Gemäß Untersuchungen der CEPAL über die 90er Jahre begann die Arbeitslosenrate erst bei einem durchschnittli-

chen Wachstum von 4% p.a. zu sinken. Darunter verhinderte das Wachstum nur den weiteren Anstieg der (offenen) Arbeitslosigkeit: um 0,2 Prozentpunkte je 1% Wachstum. Der sehr geringe Rückgang der durchschnittlichen Arbeitslosenquote Lateinamerikas 2000 entspricht also diesem Muster. Allerdings ist eine neuerliche Analyse erforderlich, da die Informationen noch unvollständig (z.B. Bolivien, Paraguay, Guatemala, Honduras) und vorläufig sind. In den meisten Ländern konkurrierten zudem im Zuge der Reaktivierung relativ mehr Arbeitskräfte um Jobs. Auch dies erklärt das Stagnieren der Arbeitslosenquote. Besorgniserregend ist, dass in praktisch allen Ländern Lateinamerikas – abgesehen von Mexiko und den Ländern Zentralamerikas sowie der Dominikanischen Republik – Ende 1999 und 2000 die höchste (städtische) Arbeitslosigkeit der letzten zehn Jahre registriert wurde.

Alle die Länder, die sich besonders um eine diversifizierte Eingliederung in den Weltmarkt bemühen, deren Arbeitsmarkt und Arbeitsentgelte sich im Zuge der Modernisierung und Freisetzung segmentieren und deren Wachstum sich auf die wenig arbeitsintensiven Sektoren und Branchen konzentriert, hatten die höchsten Arbeitslosenquoten. Das unstete Wachstum und die zunehmende Konkurrenz fördert, dass die Jobs ohne rechtliche Absicherung und Sozialversicherung zunehmen und die neuen Arbeitsplätze vor allem dem informellen Arbeitsmarkt zuzurechnen sind. Untersuchungen von Weller/CEPAL kommen zu dem Schluss, dass sich die Arbeitsmarktsituation in der Hälfte der Länder, die Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre tiefgreifende Reformen durchgeführt haben, um im Prozess der Globalisierung und des technologischen Wandels aufzuholen, verschlechtert hat. Die Produktivitäts- und Einkommensunterschiede zwischen formalen und informellen Beschäftigungsverhältnissen, zwischen qualifizierten und gering qualifizierten Jobs, zwischen traditionellen arbeitsintensiven und modernen kapitalintensiven Betrieben (speziell in der Landwirtschaft) sind größer geworden. Diese Entwicklung gilt für alle großen und mittleren Länder. Im Falle Perus, Ekuadors und Kolumbiens verstärkten anhaltende politische Konflikte den Reformstau bzw. blockierten diese die positiven Auswirkungen von Reformen, wie z.B. das Abspecken von ineffizienten staatlichen Strukturen.

Wachstumsaussichten

Lateinamerikas Wirtschaftsentwicklung 2001 wird wie im Vorjahr einerseits von der Konjunktur der USA, von der Asiens und des europäischen Marktes sowie von der Entwicklung der Weltmarktpreise für Rohstoffe bestimmt. Diese Abhängigkeit hat sich aufgrund der Öffnung ihrer Märkte und der Globalisierung erhöht. Die Risikofaktoren und die Ungewissheiten haben zugenommen. Die stärkere Verzahnung der Länder untereinander im Rahmen der Freihandelsblöcke wirkt sich in der gleichen Richtung aus. Andererseits wird der Wachstumserfolg entscheidend davon beeinflusst, mit welchem Erfolg die Länder neue Wachstums- und Entwicklungsmodalitäten etablieren, ihre Finanzierungs- und Zahlungsbilanzverhältnisse unter Kontrolle bringen und die monetäre Steuerung der Wirtschaft politisch durchsetzen können. Die Verbesserung der Regierbarkeit und der Abbau der politischen Ungewissheit ist für einige Länder „lebenswichtig“. Die CEPAL schätzt das durchschnittliche BIP-Wachstum Lateinamerikas für 2001 auf etwa 4%. Sie geht davon aus, dass es weniger fluktuiert und zwischen den Ländern mit 3%-5% weniger auseinander driftet. Denn Mexiko, Zentralamerika und die Dominikanische Republik werden weniger wachsen als 2000, Länder wie Kolumbien, Ekuador, Uruguay und Venezuela mit großen politischen und wirtschaftlichen Problemen kaum Zuwächse über 5% erzielen. Das Wachstum Brasiliens (Prognose für 2001: 4,3%) wird in hohem Maße davon bestimmt, ob sich die Stabilisierung des Außensektors und die positiven Tendenzen, das Haushaltsdefizit zu senken, fortsetzen. Uruguay und Paraguay haben einerseits verlorenes Wachstumsterrain auf den traditionellen Märkten zurückzugewinnen, andererseits hängen sie im „Schlepptau“ der Entwicklung in Brasilien und Argentinien. Für Zentralamerika und Panama wird eine „weiche“ Landung der US-Konjunktur, ein moderater Ölpreis und ein „katastrophenfreies“ Jahr die Höhe des Wachstum (durchschnittlich 3,7%) bestimmen. Im Klartext bedeutet das ein ähnliches Panorama wie 2000 mit der mittelfristigen Aussicht eher auf eine Verstetigung denn auf eine Erhöhung des Wachstums.

Die 90er Jahre haben mit aller Deutlichkeit gezeigt, dass mehr und gleichmäßiges Wachstum, wie auch die Art der Umgestaltung der Wirtschaftsstrukturen (einschließlich der Ausbildung) entscheidend von den Finanzierungsmöglichkeiten

und damit der Entwicklung der internen Spar- und Investitionsrate beeinflusst werden. Zusammen mit politischer Stabilität und Durchsetzungsfähigkeit werden diese Variablen mitbestimmen, ob sich mittelfristig überhaupt eine reale Perspektive andeutet, die strukturelle Arbeitslosigkeit, die Informalität und Unterbeschäftigung und damit die Armut in Lateinamerika dauerhaft zu verringern.

In diesem Zusammenhang werden sich die „Vordenker der Entwicklung“ Lateinamerikas und die politische Führerschaft fragen lassen müssen: Waren das „Einstampfen“ der Strategie der Importsubstitution und die „gebetsmühlenartige“ Empfehlung, dem außenorientierten Wirtschaftsmodell und der wirtschaftlichen Liberalisierung Asiens als Allheilmittel für Wachstum und Entwicklung zu folgen, doch ein Fehler? Ist nicht über die Korrekturen im nationalen und internationalen Finanzsystem, über die Verbesserung des Zahlungsbilanz- und Fiskalgleichgewichts, über bessere Ausbildung der Arbeitskräfte und antizyklische Politiken hinaus mehr „Respekt“ vor der Verschiedenartigkeit der Länder und damit ihrer Entwicklungspfade notwendig? Wurde über

der Abhängigkeit und der (notwendigen) Außenöffnung vergessen, dass die Entwicklung der Länder sich allein von innen heraus und von der ganzen Bevölkerung getragen vollziehen kann? Wird jetzt eine Politik zum Bumerang, die den Abbau der Armut und die Ausweitung der Kaufkraft des Binnenmarktes durch (zum Wachstum ergänzende) Umverteilung z.B. mittels Land- und Steuerreform niemals als (auch wirtschaftlich) diskussionswürdig und notwendig erachtet hat?

Die Einkommenskonzentration Lateinamerikas ist eine der höchsten und tendenziell steigend. Die Ausfuhr- und Wachstumsrückgänge durch die Asienkrise 1998 und 1999 führten in allen Ländern zu einem dramatischen Einbruch bei den formellen und informellen Beschäftigungsverhältnissen sowie bei den Sozialausgaben. Die Folge war eine sofortige Zunahme der Armut. Denn es gibt weder wirtschaftliche und soziale „Reserven“, wie z.B. in höheren Einkommensgruppen, noch kann ein externer Nachfragerückgang durch ein kräftiges Binnenmarktsegment abgedeutet werden.

Tabelle 3

Menschliche Entwicklung (HDI*-Einstufung) und Armutssituation in Lateinamerika (90er Jahre)

	HDI- Einstufung		Armut 1990/91**		Armut 1997/98**	
	1997	1998	städtisch	ländlich	städtisch	ländlich
Argentinien	39	35	21	k. A.	18	k. A.
Brasilien	79	74	41	64	31	56
Uruguay	40	39	18	k. A.	10	k. A.
Paraguay	84	81	42	k. A.	46	k. A.
Kolumbien	57	68	53	55	45	54
Peru	80	80	38 (1995)	65 (1995)	30	69
Venezuela	48	65	39	38	47	48
Chile	34	38	38	40	21 (1998)	28 (1998)
Bolivien	112	114	53	k. A.	52	79
Ecuador	72	91	62	k. A.	56	k. A.
Costa Rica	45	48	25	27	19	25
El Salvador	107	104	46	64 (1995)	44	69
Guatemala	117	120	53 (1989)	78 (1989)	k. A.	k. A.
Honduras	114	113	70	88	73	84
Nicaragua	121	121	k. A.	k. A.	72	k. A.
Panama	49	59	41	51	30	42
Mexiko	50	55	42 (1989)	57 (1989)	39	59

* HDI (Human Development Index) setzt sich zusammen aus: Lebenserwartung bei Geburt; Analphabetenrate über 15 Jahre; Einschulung Sekundärstufe/Universität; BIP pro Kopf.

** Armut: in % der städtischen und ländlichen Bevölkerung (k. A. = keine Angaben).

Quelle: Human Development Report 1999 und 2000; Panorama Social 1999/2000.

Weiterführende benutzte Literatur

Calcagno, Alfredo et al: Proyecciones latinoamericanas 2000-2001, Santiago de Chile, enero 2001

CEPAL: Balance preliminar de las economías de América Latina y el Caribe 2000, Santiago de Chile
(www.eclac.cl/espanol/publicaciones)

CEPAL: Panorama social de América Latina 1999-2000. Síntesis
(www.eclac.cl/espanol/publicaciones)

CEPAL: Crecer con estabilidad, Consulta regional de América Latina y el Caribe sobre el financiamiento del desarrollo, Bogotá 9 y 10 de noviembre de 2000

UNDP: Human Development Report 1999 und 2000, New York 1999 und 2000

Morley, Samuel A.: Efectos del crecimiento y las reformas económicas sobre la distribución del ingreso en América Latina, in: Revista de la CEPAL 71, Santiago de Chile, agosto 2000

Weller, Jürgen: Tendencias del empleo en los años noventa en América Latina y el Caribe, in: Revista de la CEPAL 72, Santiago de Chile, diciembre 2000

Frühere Brennpunkte zum Thema:

07-99: Lateinamerika als Verlierer der Globalisierung (Detlef Nolte)

21-99: Aktuelle Problemfelder und Handlungserfordernisse der Wirtschaftspolitik in Lateinamerika (Hartmut Sangmeister)

11-00: Entwicklung – mehr als nur Wirtschaftswachstum. Für Lateinamerika werden neue Entwicklungsstrategien gesucht – jenseits des „Washingtoner Konsensus“ (Hartmut Sangmeister)

Autorinnennotiz: Mechthild Minkner-Bünjer, Dipl.Kfm. Dipl. Hdl., ist ehemalige Mitarbeiterin am Institut für Iberoamerika-Kunde. Regionale Schwerpunkte: Andenländer und Zentralamerika. Thematische Schwerpunkte: Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik der Länder, Dezentralisierung, Beschäftigungspolitik und Armutsbekämpfung. E-Mail: minkner@public.uni-hamburg.de

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Detlef Nolte; Textverarbeitung: Jens Urban.

Bezugsbedingungen: DM 120,- p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); DM 90,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); DM 60,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von DM 30,- erhoben. Einzelausgaben kosten DM 6,00 (für Studierende DM 4,00). BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-Mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaciis 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-mail: iikh@uni-hamburg.de · Internet: <http://www.rz.uni-hamburg.de/IIK>

LATEINAMERIKA JAHRBUCH 2000

Band 9

Herausgegeben von
**Klaus Bodemer, Heinrich-W. Krumwiede,
Detlef Nolte und Hartmut Sangmeister**
Schriftleitung: Wolfgang Grenz

Teil I: Aufsätze

Detlef Nolte

Lateinamerikas Parteien zwischen Volatilität und Beharrung

Manfred Wöhlcke

**Das Bevölkerungswachstum in Lateinamerika – Konsequenzen für
Entwicklung, Stabilität und Umwelt**

Susana Sottoli

**Sozialpolitik in Lateinamerika im Zeichen von Marktwirtschaft und
Demokratie**

Barbara Kloss-Quiroga / Axel Kroeger

**Gesundheitssituation in Lateinamerika und Reformen im öffentlichen
Gesundheitswesen**

Teil II: Entwicklungen in Ländern und Regionen

Länderchronologien 1999, Basisdaten, Kennziffern zur demographischen, sozialen
und wirtschaftlichen Entwicklung für alle Länder Lateinamerikas und der Karibik.

Frankfurt/M.: Vervuert 2000, 312 S., ISBN 03-89354-424-0

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaciis 8, 20354 Hamburg Tel. 040 / 41 47 82 01 / Fax: 41 47 82 41
E-mail: iikhh@uni-hamburg.de Internet: <http://www.rrz.uni-hamburg.de/IIK>